

Die bevorstehende Stadtverordneten-Wahl

veranlaßt uns nochmals, auf dies Thema zurückzukommen. Die bisherige Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung hat, wie uns scheint, der Stadt wesentliche Nachteile zugefügt und steht im Begriffe ihr noch viel schwerere zuzufügen. Seit 6 bis 7 Jahren krankt unsere Stadt, die Geschäfte liegen darnieder, die Läden stehen leer, der Handel stockt, die Landgüter erzeugen wenig Getreide, Stadt und Provinz befinden sich in drückendster Lage. Hier war es, wenn irgendwo die Pflicht der Stadtverordneten darüber zu wachen, daß die Stadt keinen Schaden leide; hier war es Pflicht zu sprigen, daß alle Mittel in Bewegung gesetzt würden, um den verarmenden Familien zu Hülfe zu kommen und sie über Wasser zu halten.

Statt dieser Pflicht zu genügen, hat man die Aufhebung des Leihamtes gerade in dieser Zeit beschlossen, und dadurch den verarmenden Familien die letzte Gelegenheit geraubt, sich zu einem mäßigen Zinsfusse Darlehne zu verschaffen. Statt dessen hat man während des letzten Krieges beschlossenen, den Hausbesitzern 25 Prozente ihrer Hypotheken zu kündigen, und sie dadurch in die größte Verlegenheit gebracht, die nur durch den schnellen Friedensschluß beseitigt ist. Statt dessen will man jetzt die Sparkasse aufheben, den Hausbesitzern die ganzen 100 Prozente der Hypotheken kündigen, welche sie jetzt aus der Sparkasse entliehen haben, und auf diese Weise 1½ Millionen Thaler Hypotheken auf den Markt bringen, die übrigen Bürger aber die 27,000 Thlr., welche die Sparkasse jetzt jährlich einbrachte, durch neue Steuern aufbringen lassen. Haben wir Bürger denn nicht schon jetzt Steuern genug zu zahlen? Muß nicht, wenn 1½ Millionen Thaler Hypotheken in Stettin auf den Markt kommen, eine allgemeine Entwerthung der Hypotheken eintreten, und in Folge dessen eine Kündigung der Hypotheken, welche eine große Zahl von Hausbesitzern in größte Verlegenheit stürzt, wohl selbst um Haus und Habe bringt?

Wahrlich, wenn die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, wenn die Volkswirthe solche Beschlüsse fassen, da möge die Bürgerschaft denn doch wohl zusehen, wenn sie das Wohl und Wehe der Stadt, wenn sie ihr eigenes Habe und Gut anvertraut. Wählt sie auch diesmal wieder Männer, die das Wohl der Stadt ihren Theorien opfern, dann möge sie sich nachher nicht beklagen, wenn die Stadt verarmt und die Hausbesitzer das Ihrige verlieren. Zwar tröstet uns Herr Wolff, der Führer der Herren Volkswirthe, indem er uns versichert, noch sei es nicht soweit, daß die Sparkasse aufgehoben werde, und werde er selbst gegen die Aufhebung der Sparkasse stimmen. Aber diese Versicherungen des Herrn Wolff können uns keine Beruhigung gewähren. Hat etwa Herr Wolff die Aufhebung des Leihamtes gehindert; hat er verhindert, daß den Hausbesitzern die 25 Prozente ihrer Hypotheken gekündigt sind? Nun dann wird er auch nicht hindern, daß die Sparkasse aufgehoben wird.

Jetzt, wo es sich um die Wiederwahl der Herren Volkswirthe handelt, jetzt, wo sie fürchten, die Herrschaft zu verlieren, welche sie Jahre hindurch in Stettin besaßen, jetzt geben die Herren süße Worte und machen uns Versprechungen; aber wenn die Wahl vorüber ist, dann sind sie wieder die Alten, die nach wie vor mit dem Gute der Stadt haushalten.

Wollten die Herrn Volkswirthe unsere Zustimmung gewinnen und ihre Wiederwahl sichern, so hätten sie Zeit genug während der Jahre ihrer Thätigkeit ihre Tüchtigkeit zu zeigen, so möchten sie die Angelegenheit der Wasserleitung in die Hand nehmen, und sie so einrichten, daß sie für jeden Bürger bequem, anständig, praktisch und deshalb für die Stadt gewinnbringend ward, so möchten sie das Leihamt und die Sparkasse richtiger organisiren und für die Stadt noch lohnender gestalten, so möchten sie die Schulen fördern und dadurch die geistige Bildung in der Stadt heben, so möchten sie für Kunst und Wissenschaft sorgen. Aber von allem diesen haben sie nichts gethan, im Gegentheil haben sie durch ihre Reden bewiesen, daß sie für alle diese Dinge kein Herz und kein Verstandnis besitzen, darum weg mit solchen Volkswirthen, die Stadt und Bürgerschaft in Grund und Boden wirtschaften.

Und wie auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, so auch auf dem Gebiete der Politik. Da haben dieselben Herren, unserer Ansicht nach, unserer guten Stadt eine Blamage nach der andern bereitet. Wir wollen hier ganz davon schweigen, daß unsere Stadtverordneten, wie viele andere Städte, um Entfernung des Ministeriums von Bismarck gebeten haben, wir wollen selbst davon schweigen, daß auch Stettin, als Benedek unsere Länder bedrohte, feige um Frieden gebeten hat, statt muthig in den unvermeidlichen Krieg einzutreten und unsre Wehrmänner zu begeistern. Was wir den Stadtverordneten aber zum Vorwurfe machen, das ist, daß sie sich nicht entblödet haben, aus politischer Opposition die Sr. Königl. Hoh. dem Kronprinzen und Statthalter unserer Provinz schuldige Ehrerbietung zu verlegen. Es ist eine bekannte Thatsache, daß, als Sr. Königl. Hoheit zum ersten Male als Statthalter nach Stettin kam, die Stadt sich beeilte, ihm einen glänzenden Empfang und ein Fest auf Kosten der Stadt anzubieten, daß Sr. Königl. Hoheit aber ablehnte, indem er in huldvoller Weise versprach, er werde bald mit

seiner Gemahlin auf längere Zeit nach Stettin kommen und möge die Stadt das Fest bis auf diese Zeit versparen. Der Kronprinz hat sein Wort gehalten, er ist längere Zeit mit seiner Gemahlin hier gewesen; die Stadtverordneten aber haben die Opposition so weit getrieben, um die Mittel zu dem Feste abzuschlagen, zu dem die Stadt Sr. Königl. Hoh. selbst eingeladen hatte. Da hört denn doch alles auf, was Schicklichkeit und Anstand erheischt, darum stimmen wir nochmals in das Lied ein, das unsere Zeitung vor einiger Zeit brachte:

Weg Wolff, Reimarus, Wasserfuh,
Weg Zachariae, Thießen!
Ihr naht uns lang genug in Kur,
Drum lassen wir euch schießen!
Weg mit der ganzen Stadtmusik
Und ihrer rothen Politik!
Wir wollen tapfere Preußen sein,
Nicht jämmerlich um Frieden schreien,
Wir nehmen Dahrbroschenschein,
Und lassen unsere Lösung sein:
Hinweg mit dem Kollegium!

Deutschland.

Berlin, 7. November. Ein Kabinettsconseil trat heute Mittag 1 Uhr vor Sr. Majestät dem Könige in Allerhöchstdessen Palais zusammen.

— Sr. K. H. der Prinz Albrecht ist gestern Abend nach Schloß Albrechtsberg bei Dresden abgereist.

— Aus Radeburg vom 6. d. wird gemeldet: In der heutigen Sitzung der lauenburgischen Stände wurden die Vorlagen der Regierung: das Reichswahlgesetz und das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht, angenommen. Die Mitglieder des Landtags lehnten die Annahme von Vätern ab.

— Hier eingegangener telegraphischer Meldung zufolge ist Sr. Majestät Schiff Gazelle gestern (6.) in Portsmouth angekommen.

Berlin, 7. November. Die Landtags-Session, welche vom 27. September bis zum 12. November vertagt war, wird am nächsten Montag wieder aufgenommen werden. Es handelt sich nicht um eine neue Session, sondern um die Fortsetzung der früheren am 5. August eröffneten Session, es findet daher auch keine feierliche Eröffnungssitzung, weder durch Sr. Majestät den König noch durch einen der Minister, keine Thron- oder Eröffnungssitzung statt; die beiden Häuser nehmen vielmehr ihre Geschäfte einfach da wieder auf, wo sie dieselben am 27. September unterbrochen haben, die früher bereits in Kommissionen vorbereiteten Verhandlungen werden ohne Weiteres fortgeführt.

Die Hauptaufgabe wird die Berathung und Feststellung des Staatshaushalts für das 1867 sein. Es ist die gemeinsame Absicht der Regierung und der Landesvertretung, die rechtzeitige Feststellung des jährlichen Staatshaushalts vor Beginn des betreffenden Rechnungsjahres jetzt endlich zur Verwirklichung zu bringen, während bisher seit Einführung der Verfassung alle Budgets immer erst mitten in dem Jahre, für welches sie gelten, zu Stande gekommen sind. Der jetzige Finanz-Minister hatte zuerst im Jahre 1862 den Versuch gemacht, ein Budget für das folgende Jahr rechtzeitig mit dem Landtage zu vereinbaren. Die Absicht scheiterte jedoch, weil damals und seitdem überhaupt kein Staatshaushaltsgesetz mehr zu Stande kam. Jetzt darf die Regierung ihre frühere Absicht mit der zuversichtlichen Erwartung des Gelingens wieder aufnehmen: in die Hand der Landesvertretung ist es von Neuem gelegt, die Verfassung in einem der wichtigsten Punkte zur Wahrheit werden zu lassen. Es wird allerdings einer raschen Förderung der Vorberathungen bedürfen, damit das Gesetz bis zum 1. Januar in beiden Häusern durchberathen und zur Königl. Vollziehung gelangt sein könne. Die Arbeit ist jedoch insofern sehr erleichtert, als sämtliche einzelne Theile des Staatshaushalts schon in den letzten Jahren vielfach und eingehend vorberathen worden sind. Die Landesvertretung wird überdies von erneuten grundsätzlichen Erörterungen jetzt um so eher absehen können, als der im künftigen Jahre zu berathende Staatshaushalt für 1868, bei welchem sowohl die neuen Landestheile, als auch die Beziehungen zum norddeutschen Bunde schon mit in Betracht kommen werden, selbstverständlich Gegenstand einer eingehenden und gründlichen Prüfung sein wird.

Abgesehen von dem Staatshaushalt wird der Landtag sich mit der bereits früher eingebrachten Vorlage in Betreff der Einverleibung Schleswig-Holstens in die preussische Monarchie zu beschäftigen haben, wobei auch die fernere Stellung Lauenburgs in Betracht kommen wird. Ferner wird die Arbeiterfrage durch das Gesetz wegen Aufhebung der Koalitionsbeschränkungen und durch die damit zusammenhängende Aufhebung des Einzugsgeldes von Neuem zur Berathung kommen. Anderweitige wichtigere Organisationsgesetze sind in dieser Session schon deshalb nicht zu erwarten, weil bei deren Bearbeitung jetzt selbstverständlich auch die Verhältnisse der neu erworbenen Landestheile erwogen und berücksichtigt werden müssen. In dieser Beziehung werden die Sessionen der nächsten Jahre vermutlich sehr umfassende und tief greifende Aufgaben zu erledigen haben.

Die gegenwärtige Session wird um so mehr nur auf das Dringende zu beschränkt sein, als die Berufung des norddeutschen Parlaments nach Schluß derselben in möglichst nahe Aussicht zu nehmen ist. Die Vorberathungen der Regierungen und die Wahlen zum Parlament sollen so viel als möglich beschleunigt werden, damit die Parlaments-Session in den ersten Monaten des nächsten Jahres stattfinden könne. Es ist daher wünschenswerth, daß die Sitzungen des preussischen Landtages sich diesmal nicht über den Januar hinaus ausdehnen.

— Der Minister-Präsident Graf Bismarck verweilt noch in Putbus. In dem Maße, in welchem die körperliche Kraft und Frische des hohen Staatsmannes wieder zugenommen haben, ist in ihm auch der Drang zu weiterem Schaffen wiedergekehrt. Besonders liegt ihm die Vollendung des so glücklich begonnenen Werkes, die rasche Aufrichtung des norddeutschen Bundes, am Herzen und wünscht er, an den Vorarbeiten hierzu sich persönlich zu betheiligen. Hoffentlich wird ihm die baldige Rückkehr zu solchem Zwecke gestattet sein, wenn auch im Interesse Preußens zu wünschen und zu erwarten ist, daß er seine Kräfte so viel als irgend möglich auch zu erneuern noch schone. (P. C.)

— Seitens des Justiz-Ministeriums ist nunmehr anderweitig ein Entwurf zur Regulirung des Hypothekenwesens aufgestellt, auf dessen Inhalt man um so begieriger ist, als die thatsächlichen Zustände auf diesem Gebiete anfangs unerträglich zu werden, da selbst in der Hauptstadt je länger desto mehr die Möglichkeit verschwindet, sogar auf erste Hypotheken Geld zu bekommen und zwar nicht etwa aus Mangel an Geld-Kapital, welches an der Börse sogar in großer Abundanz vorhanden ist, sondern lediglich aus dem Grunde, weil man sein Geld nur in einer Weise anlegen will, daß man jeden Augenblick darüber wieder disponiren kann. Deshalb wird auch eine Veränderung des Hypothekenwesens nur dann eine wirkliche Hilfe bringen, wenn diesem Zuge der Gegenwart Rechnung getragen wird. (Z. C.)

— Der Landrath des Straßburger Kreises v. Young war wegen geschwinder Freiheitsberaubung und außerdem wegen Beleidigung des Abgeordneten v. Henning, des Oubestehers Herms und des Beigeordneten Vogel angeklagt worden und von dem Straßburger Kreisgericht in Bezug auf die Freiheitsberaubung freigesprochen, dagegen der öffentlichen Beleidigung der genannten Herren schuldig erachtet und zu 25 Thlr. Geldbuße verurtheilt worden. Das Appellationsgericht zu Marienwerder hatte das erste Urtheil bestätigt und Herr v. Young darauf die Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt. Der Ober-Staatsanwalt beim Obergerichtshof, Hartmann, beantragte die Zurückweisung der Nichtigkeitsbeschwerde, die auch vom Obergerichtshof beschlossen wurde. Dasselbe geschah in zwei anderen mit dieser Angelegenheit zusammenhängenden Sachen.

— Der Geheime Regierungsrath Herzog vom Handelsministerium, welcher speziell mit den Ausstellungsangelegenheiten betraut ist, und der Landbaumeister Pflaume, der als Techniker in der hiesigen Ausstellungs-Kommission fungirt, haben sich nach Paris begeben, um den Bau des Palastes für die große Industrie-Ausstellung und namentlich die für den norddeutschen Bund bestimmten Räumlichkeiten in Augenschein zu nehmen. Es handelt sich besonders darum, zu bemessen, ob der den norddeutschen Ausstellern angewiesene Raum auch genügen dürfte oder ob etwa noch Anbauten erforderlich erscheineten. Der Landbaumeister Pflaume wird hierüber sein Gutachten abzugeben haben, und der Geheime Regierungsrath Herzog wird dann mit der Pariser Ausstellungs-Kommission die letzten Verabredungen treffen.

München, 3. November. Die „A. A. Z.“ dementirt die von mehreren bairischen Blättern gebrachte Behauptung, daß die königliche Regierung damit umgehe, ein Preßbureau nach dem Muster der in Paris und Wien bestehenden einzurichten. Nach dem genannten Blatte handelt es sich bloß um eine zweckmäßigere Organisation des „Berichtigungswesens“ auf den Grund des kraft Art. 47 des Preßstrafgesetzes vom 17. März 1850 der Staatsregierung zustehenden Rechts, gegenüber von Unwahrheiten und Uebertreibungen, wie sie zur unverkennbaren Gefährdung der Autorität mitunter in der Tagespresse verbreitet werden, amtliche oder amtlich beglaubigte Berichtigungen eintreten zu lassen. Zu diesem Zweck ist das Berichtigungswesen für alle Zweige des öffentlichen Dienstes im Königl. Staatsministerium des Innern centralisirt worden, die Anordnungen für die Ausführung sind ergangen und den Kreisregierungen ist der Auftrag erteilt, die ihnen untergebenen Königl. Stellen und Behörden mit den nöthigen Weisungen zu versehen, damit das Berichtigungswesen der neuen Organisation gemäß gehandhabt werde. Diese schließt aber nicht aus, daß K. Stellen und Behörden in einzelnen Fällen, wo sie wegen besonderer Dringlichkeit ausnahmsweise es für geboten erachten, Berichtigungen unmittelbar selbst an öffentliche Blätter ergehen lassen können. In solchen Fällen haben sie jedoch, zur Verhütung einer Doppelberichtigung, gleichzeitig eine Abschrift der Berichtigung an das Königl. Staatsministerium einzusenden. Daß es sich bei der neuen Einrichtung nicht darum handeln kann, verkehrte oder fehlerhafte Maßregeln u. s. w. zu beschönigen, ist in dem Erlaß der Staats-Regierung an die Kreis-Regierungen ausdrücklich ausgesprochen.

Ausland.

Wien, 3. November. Nachdem sich nunmehr die ganze Fluth verlaufen hat, stehen wir mitten in der neuen Aera drinnen, ohne daß aber dieselbe bisher viele Glückliche gemacht hätte. Im Gegentheil sieht man jetzt vielmehr mürrische Gesichter und hört mehr unzufriedene Aeußerungen als dies früher der Fall gewesen, da noch Jeder auf wenigstens theilweise Erfüllung seiner Hoffnungen rechnen durfte. Die eigentliche Aktion wird am 19. November beginnen, da an jenem Tage der ungarische Landtag zusammentritt. Man glaubt beinahe allgemein, daß diese Kooperation in sehr kurzer Zeit einen sehr vernichtenden Strich durch alle Kalküle der Regierung machen werde. Vor sechs Monaten, da in Ungarn selbst die Neigung zur Verständigung noch am größten gewesen ist, haben die gemäßigten ungarischen Zeitungen das unter Deak's Anspicen zu Stande gefommene Elaborat der Fünfzehner-Kommission über die gemeinsamen Angelegenheiten als die äußerste Grenze ungarischer Nachgiebigkeit bezeichnet; vor zwei Monaten erklärten diesel-

Table with columns for Dividende pro 1865, Zf., and various stock entries like Aachen-Düsseldorf, Aachen-Mastricht, etc.

Table titled 'Prioritäts-Obligationen' listing various bonds and their values.

Table listing various stocks and bonds with columns for 'do.', 'Zf.', and values.

Table titled 'Rhein-Naho. gar.' listing specific stocks and their values.

Table titled 'Preussische Fonds' listing Prussian government bonds and their values.

Table titled 'Sächsische' and 'Schlesische' listing stocks from Saxony and Silesia.

Table titled 'Aussländische Fonds' listing foreign government bonds.

Table titled 'Wechselcours' listing exchange rates for various locations.

Table titled 'Bank- und Industrie-Papere' listing bank and industrial stocks with columns for Dividende pro 1864, Zf., and values.

Familien-Nachrichten. Gestorben: Tochter Anna [7 1/2 J.] des Herrn A. Bennenwig (Stettin).

Kirchliches. In der St. Lucas-Kirche: Donnerstag, den 8. v. Mts., Abends 8 Uhr: Bibelstunde.

Polizei-Bericht. Gefunden: Am 30. v. M. am Bollwerk 1 Gefunden-Dienbuch auf den Namen 'Wilhelmine Kattschinski'.

Bekanntmachung. Der hart am Dünzig-Ströme vorm Ziegenhor belegene, 2 1/2 Morgen 143,6 Qu.-Ruthen große Pachthof Nr. 5.

Die Dekonomie-Deputation. Aus der bei Strasburg in Westpreußen, vom fließbaren Wasser begrenzten Karbowoer Forst.

Stadtverordneten-Wahlen. Behufs der Wahl eines Comité's zur Vorbereitung der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen.

Wissenschaftlicher Verein. Donnerstag, den 8. November 1866, 6 1/2 Uhr Abends, im Gymnasium.

Lotterie-Anzeige. Zur bevorstehenden mit Genehmigung Königlich Preussischer Regierung stattfindenden Ziehung 1. Klasse Hannoverscher Landes-Lotterie.

Mit Genehmigung der k. preuss. Regierung findet die Gewinn-Ziehung 1. Klasse der 151. Frankfurter Stadt-Lotterie am 12. und 13. Dezember d. J.

Kalender für Deutschlands Aerzte auf das Jahr 1867 von Dr. Wolf. Dritter Jahrgang. 20 Bogen Taschenformat.

Die Baumschule von J. H. Behncke in Güstrow empfiehlt zur jetzigen Pflanzzeit ihre Vorräthe von Obstbäumen.

Nordische Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft Northern Assurance Company with Domicil in Berlin and Gerichtsstand am Versicherungsorte.

24,000 Loose mit 12,500 Gewinnen vertheilt in 6 Klassen. Die von der Königl. Preussischen Regierung genehmigte Frankfurter Stadtlotterie bietet Gewinne von: fl. 200,000 - 100,000 - 40,000 - 25,000 - 20,000 - 15,000 - 10,000

